

Der Standpunkt der Sozialdemokraten.

Abg. Löbe (Soz.) führte aus, das Hauptziel der ganzen deutschen Politik sei das Sachverständigengutachten. Die jetzige Regierungsbildung hätte man schon vor Wochen haben können. Seine Partei begrüßte es, daß die Deutschnationalen nicht in der Regierung seien, schon wegen des Eindrucks auf das Ausland. Nach Abweisung des Gutachtens hätte Deutschland keine Ausübung mehr, Amerika noch einmal an den Verhandlungstisch zu bringen. Seine Partei stelle sich auf den Boden des Gutachtens, aber unter einer Bedingung: gerechte Besteuerung der Güter und des Verkehrs. Wichtiger als der Schutz der Güter sei der Schutz der Menschen. Die Sozialisten könnten den Weg den die Kommunisten für die Arbeitern zu geben empfehlen nicht mitgehen. Die Reihen der Gewalt billigen sie nicht. Es führt unter den Geschäftsmännern manche abgehärmten Proletarienfachleute. Darum gäbe er die Hoffnung nicht auf, daß auch sie sich einmal aufzuhören werden gegen solche Methoden. Eine Polemik gegen die Deutschnationalen rieß in deren Reihen lärmendes Lärmen hervor. Besonders als der Abg. Löbe ansprach, daß hinter ihrem Wagen eine Spur von Blut sich hinziehe, von jenem Eichardt angesangten, den die Nationalsozialisten jetzt abschafften. Auf Forderung der Rechten auf Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht gab der Redner unter dem allgemeinen Beifall seiner Freunde zu bedenken, wieviel Sozialisten dann wieder Soldaten würden.

Die Kommunistin Frau Götsch (Ruth Fischer) meinte, was jetzt von den Feindstreichen Folgen des Gutachtens erzählt werde, sei Zug und Trug. Frankreich werde das Kriegsbedarf nicht räumen und die englische Regierung verstärkt nicht nur die Luftstreitkräfte, sondern trogt aller Abrüstungsabkommen auch die Flotte. Die Rednerin erwartet dann das Zusammensehen mit den Sowjetrepubliken. Diese allein würde Deutschland den nötigen Aufschub bei den Verhandlungen mit der Entente geben. Außland werde Deutschland vorbehaltlos unterstützen, wenn man dort die Überzeugung hätte, daß die deutschen Arbeiter ihre Macht gehörig ausüben.

"Vertrauensvotum" der Nationalsozialisten.

Abg. von Graeven von den Nationalsozialisten führte aus, daß das deutsche Volk sich getäuscht habe, als es am 4. Mai geheißen hatte, der Mantel würde dem Herzog nachjagen. Der dem deutschen Volke aufgezwungene Parlamentarismus sei ein Abgrund. Reichskanzler Platz II redivivus habe in seiner gestrigen Kapuzinerpredigt von Würde und Ehre des deutschen Reiches gesprochen. Er habe aber aus lauter Verbrennungen vor dem Ausland nichts über das Inland geagt.

Das Gutachten sei die verdeckte Grundlage zur schnellen Eroberung des deutschen Volkes.

Es sei jammerisch und lästig, zu sagen, Deutschland könne nicht anders. Die Parteien der Mitte hätten nicht einmal den Mut, ein Vertrauensvotum für die Regierung einzubringen. Deshalb wolle seine Partei den Antrag einbringen, um die anderen Parteien zu zwingen, Farbe zu bekennen. Herrn Löbe erwiderte er, seine Freunde seien stolz darauf, daß aus ihren Reihen Männer hervorgegangen seien, die ihr Blut fürs Vaterland hergegeben haben. Als der Redner schloß, wenn man im Innern Blut haben wolle, seien seine Freunde auch dazu bereit, entstand minutenlanges Lärmen aus der Linken und in der Mitte, der von den Nationalsozialisten ebenso erwidert wurde.

Vizepräsident Dr. Bell riet den Rednern wegen des von ihm geäußerten Ausdrucks "Zämmerlichkeit der Regierung", der der Würde des Hauses nicht entspräche, zur Ordnung.

Die Bayerische Volkspartei.

Abg. Dr. Leicht (Bayer. VP.) führte aus, daß seine Freunde sich bei der Regierungsbildung in der Reserve gehalten hätten. Die Zurückstellung der innerpolitischen Fragen sei offensichtlich nur vorübergehend. Ihm scheinen die Discrepanzen zwischen den Mittelparteien und den Deutschnationalen nicht sehr groß gewesen zu sein. Es wurden Garantien für Deutschland verlangt seitens der Regierung. Dieses hätte schon einmal Garantien gegeben, die in den 14 Punkten Wilsions niedergelegt waren. Man habe ihnen geglaubt und sei angeführt worden. Deshalb hätte Amerika Deutschland gegenüber eine gewisse moralische Reparationspflicht. Am übrigen war der Redner mit der Art der Behandlung des Gutachtens, durch die deutsche Regierung einverstanden.

Der Abg. Hanke von der Wirtschaftspartei meinte, die Regierung werde an ihrer unentstehenden Haltung zugrundeziehen. Er selbst hätte große Bedenken gegen das Sachverständigengutachten. Der Redner erklärte, daß seine Partei trotzdem sie kein unbedingtes Vertrauen zur Regierung habe, doch von Fall zu Fall mitarbeiten wolle.

Abg. Kunze (Deutschsoz.) gab im Namen seiner Partei-stimme die Erklärung ab, daß sie nicht das geringste Vertrauen zur Regierung behält.

Der Reichstag vertrat sich auf morgen.

Vertrauensantrag der Mittelparteien.

Die Mittelparteien haben einen Antrag eingebracht, der folgenden Wortlaut hat: "Der Reichstag billigt die Außenpolitik der Reichsregierung." Für diesen Antrag werden nicht nur die Mittelparteien, sondern auch die Bayerische Volkspartei und die Sozialdemokraten stimmen, so daß damit die Mehrheit für die Regierung im Hause vorhanden sein dürfte.

Kleine Nachrichten

Der Inhalt der russischen Note.

Berlin, 5. Juni. Die Antwortnote der russischen Regierung über den Berliner Zwischenfall hält an den bisher vertretenen Ansprüchen, insbesondere an der Forderung der Extritorialität der Handelsvertretung fest. Die Note, die in jüdischer Tinte gehalten ist, unterstreicht noch einmal das Interesse der beiden Staaten an der Klärung des Zwischenfalls. Die russische Regierung sieht eine Notwendigkeit zur Einziehung eines Schiedsgerichtes, wie es in der deutschen Note vorgeschlagen war, nicht als gegeben an. Die Note hält an der alten Auffassung der russischen Regierung fest, daß durch die bestehenden Verträge die Extritorialität der Handelsvertretung festgestellt sei.

Gehaltsverhöhung der preußischen Beamten.

Berlin, 5. Juni. Die preußischen Beamten haben am 1. Juni vorerst nur ihre alten Gehälter ausgezahlt erhalten. Nunmehr hat der preußische Finanzminister mit Zustimmung der Führer der Regierungsparteien angeordnet, daß zunächst vorläufigweise in der Woche nach Pfingsten die Gehaltsverhöhungen, welche den Reichsbeamten zuteil geworden sind, auch den preußischen Beamten gezahlt werden, über die Frage der gesetzlichen Regelung der Gehaltsverhöhungen in Preußen und über die Aufbringung der Mittel hierzu wird der Ständige Ausschuss des Landtags am 12. d. Jls. beraten.

Erhöhung der Ausreisegebühr geplant?

Berlin, 5. Juni. Es verlautet, daß bei den beteiligten Ressorts Verhandlungen eingeleitet sind zur Erhöhung der Ausreisegebühr. Die beteiligten Behörden sollen unbedingt aller Provinzen enthalten sein, die Kopftaxe von 500 Mark für Deutsche, die ins Ausland reisen wollen, noch zu erhöhen und die Erleichterung bestimmen durchgreifend abzubauen.

Blutiger Kampf mit Verbrechern.

Leipzig, 5. Juni. In der vergangenen Nacht wurde ein Kriminalbeamter in ein öffentliches Haus gerufen, um einen dort befindlichen Betrüger festzunehmen. Als er das Haus verlassen wollte, standen fünf bis sechs Männer vor ihm, die Einlauf forderten. Der Beamte gab sich als Kriminalbeamter zu erkennen und wurde daraufhin von den Männern hart bedrängt. Der Beamte setzte darauf in höchster Not zur Waffe und gab zwei

Schüsse auf die Männer ab, von denen zwei tödlich getroffen wurden. Der Beamte selbst wurde schwer verletzt.

Verbesserte Arbeitslage in Oberschlesien.

Wienitz, 5. Juni. Wie der Berg- und Hüttenschmiede-Verein mitteilte, daß sich die Lage auf den Oberschlesischen Werken wesentlich verbessert. Auf der Mehrzahl der Gruben konnte der Betrieb teilweise wieder angenommen werden.

Französische Kriegsgerichtsurteile gegen Jugendbündler.

Mainz, 5. Juni. Das französische Kriegsgericht verurteilte 12 Mitglieder der Jugendgruppe der Deutschnationalen Volkspartei in Wiesbaden zu Gefängnisstrafen von 1 Jahr bis zu 3 Jahren und Geldstrafen von 1 bis 2000 Mark. Die jungen Leute hatten sich der Anklage zufolge nach Auflösung der Jugendgruppe im Bismarckbund zusammengeschlossen. Bei einem der Mitglieder stand die französische Belegschaft verbotene Waffen vor.

Die Arbeitsaufnahme auf den eingeladenen Zeichen.

Dortmund, 5. Juni. Auf dem Eisenwerk Union wird der gedämpfte zweite Hochzeit wieder in Gang gebracht. Der allgemeine Betrieb auf der Union soll Mitte oder Ende der kommenden Woche wieder aufgenommen werden. Auf dem Stahlwerk Höchst wird der Betrieb voraussichtlich am nächsten Dienstag wieder aufgenommen. Auf dem Eisenwerk Phoenix in Hörde ist der Betrieb seit heute morgen wieder in Gang.

Verboten!

Neustettin, 5. Juni. Der Reichsjugendtag des Bismarckbundes, der an den beiden Pfingsttagen in Neustettin stattfinden sollte, und zu dem u. a. die voraussichtliche Teilnahme des Prinzen Oskar von Preußen angestanden war, ist von der Regierung verboten worden. Auch im Saal darf die Veranstaltung nicht stattfinden.

Ballonglücks in Amerika.

London, 5. Juni. Eine "Times"-Meldung aus New York besagt, daß Dr. Leroy-Neissinger vom amerikanischen Weiterbau und sein Pilot in einem Gewitter, in dem ihr Ballon verunglückte, ums Leben gekommen sind. Man nimmt an, daß der Ballon vom Blitz getroffen wurde.

Unerhörte kommunistische Skandalszenen im sächsischen Landtage.

Dresden, 5. Juni. Die Anwesenheit einer größeren Anzahl Bergarbeiter auf den öffentlichen Tribünen benützten die Kommunisten, durch eine Geschäftsordnungsdebatte unerhörte Lärmzonen herauszubewegen. Sie forderten zunächst, daß ihre Anfrage wegen des Verbots der kommunistischen Presse und ihre Anträge wegen der Bergarbeiter noch auf die Tagesordnung gelegt würden. Als diese Forderung durch die bürgerlichen Abgeordneten und die Sozialdemokratie abgelehnt wurde, lehnte der Lärm ein. Dieser steigerte sich, als auch die Abstimmung einer Sitzung am Freitag oder Sonnabend Ablehnung erfuhr. „Ihr Lumpen“ brüllten die Kommunisten. Dann widersprachen sie dem Vorschlag des Präsidenten, die nächste Sitzung am 19. Juni abzuhalten und forderten eine solche für nächsten Dienstag. Als auch dieser Wunsch ihnen veragt blieb, begannen sie zu töben, so daß der Präsident genötigt war, die Saalstrenne in Tätigkeit zu lehnen. Dazu sprang der Kommunist Beerh die zum Präsidenten führenden Stufen hinauf, entriß dem Präsidenten den Hammer, schleuderte ihn nach den Regierungsräumen und gab ihm dann noch mit dem Fuß einen Stoß, so daß er in die Abgeordnetenkämmer stieg. Dazu griffen einige Abgeordneten in den Kampf ein und riefen: „Nieder mit den Kommunisten!“ „Geht auf den Spielplatz!“ Die Kommunisten wandten sich nunmehr den Räumen zu und schrien hinauf. „Wort“, alter Freund, dich werden wir gleich herunterholen! Wir werden gleich die Döbelner Bergleute hereinholen, die mögen euch Gurten die Wade verschlagen.“ Von oben erschallte es: „Wir sind keine Gurten, kommt nur mal raus!“ Antwort: „Halt die Fresse!“ Die Sitzung wurde auf eine Stunde veragt. Dann schloß der Präsident den Abg. Beerh für die heutige Sitzung aus. Beerh verließ aber nicht den Saal und erklärte: „Ich denke nicht daran!“ Wieder trat eine längere Pause ein, dann wiederholte der Präsident dreimal an Beerh die Aufforderung zum Verlassen des Saales und kündigte an, daß er nun politische Hilfe in Anspruch nehmen werde. Alle Abgeordneten bis auf die Kommunisten räumten nunmehr den Saal, auch die Regierungsräume verließen ihn. Dann kamen die Polizisten in den Saal und es entspann sich ein Schuß einmal in diemel Hause erlebtes, widerliches Handgemenge. Nach der Entfernung des Abg. Beerh konnte endlich gegen 4.45 Uhr in die Erledigung der Tagesordnung eingetreten werden. Natürlich gab es vorher noch eine Geschäftsordnungsdebatte, in der Abg. Böttcher die Polizei als „Band“ und „Bestien“ bezeichnete. Die nachgesuchte Strafverfolgung der kommunistischen Abgeordneten Eltrotz, Zippel und Siewert wegen der seinerzeitigen Vorfälle im Landtag wurde unter lärmdem Widerstand der Kommunisten genehmigt. Die nachgesuchte Strafverfolgung des Abg. Schneller (Kom.) fand durch eine Zusammensetzung der Rechten gleichfalls Genehmigung. Der Gesetzentwurf über die einstweilige Erhöhung der Beamtengehälter fand nach kurzer Aussprache einstimmig Annahme. Der Landessiedlungsgeellschaft „Sächsisches Heim“ wurde ein Darlehen von 500 000 vermittelt und die Notverordnungen gegen die Kommunisten genehmigt. Endlich wurde Kapitel 1 des Etats, Forsten, nach der Einstellung erledigt. — Die nächste Sitzung findet Donnerstag, den 19. Juni, 1 Uhr statt.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 6. Juni 1924.

Merkblatt für den 7. Juni 1924.

Connenaufgang 8^a | Mondaufgang 8^b B.
Connenuntergang 8^c | Monduntergang 11^d R.
1676 Niederdölz Paul Gerhardt gest. — 1828 Pfarrer Joseph v. Frauenhofer gest. — 1849 König Friedrich Wilhelm III. von Preußen gest. — 1843 Dichter Friedrich Hölderlin gest. — 1854 Schriftsteller Max Kremer geb. — 1905 Auflösung der Union Norwegens mit Schweden.

Öffentliche Stadtverordnetenversammlung

Donnerstag, den 5. Juni, abends 7 Uhr.

Anwesend sämliche Mitglieder außer Herrn Sinemus; am Platze anwesend sämliche Stadträte.

Nach Eröffnung der Sitzung wies der Vorsitzende, Herr Bürgermeister Dr. Kienfeld, den neu in das Kollegium eingetretenen Herrn Elektromonteur Lindner in sein Amt ein mit der Hoffnung und dem Wunsche, daß seine Tätigkeit immer eine recht segensreiche für Stadt und Einwohnerheit sein möge. — Dann machte der Vorsitzende Mitteilung von verschiedenen Gemeindetagungen und Beschlüssen derselben, die zum Teil vom Kollegium zu fachionieren waren. — Auf verschiedene Anträge hin hat der Rat beschlossen, die früher beliebten Ferkelmärkte

in unserer Stadt wieder einzuführen und als Standgeld pro Kerel 10 Pf. zu erheben. Damit erläuterte man sich einverstanden. — Die Entschließung über die eventuelle Regelung einer Darlehnsache wurde dem Sparlasseausschuß überlassen. — Die Kratzwerke Freital haben um Errichtung einer Hochspannungsleitung im Zuge Friedhofstraße, Freiberger Straße, Markt, Meißner Straße nachgefragt, ebenso um Aufstellung je eines Transformatorhäuschens am Markt und am unteren Vorländer gewissen Bedingungen wird das Vorhaben genehmigt. — Die Reichsbahndirektion hat die von den städtischen Kollegen nachgesuchte Einlegung eines Sonntagszuges abends 6 Uhr ab Dresden abfällig beschieden mit der Begründung, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Lage die Einlegung nicht zulasse. — In den nächsten Wochen soll die schon seit langem angestrebte Vertilgung der Ratten vor sich gehen. Unter städtischer Kontrolle soll in jedem Grundstück ein sicher wirkender, für andere Tiere aber unschädlicher Bazillus ausgelegt werden. Die Kosten haben die Grundstücksbesitzer zu tragen, denen indes das Recht eingeräumt wird, den Betrag anteilig auf die Mieter umzulegen.

— Der hiesigen Gemeinnützigen Baugesellschaft ist es gelungen, Baugeld und zweite Hypothek zu erlangen, und will nun am dritten Pfingsttierstag mit der Inangriffnahme eines weiteren Bauabschnitts (zwei Häuser mit je vier Wohnungen) beginnen. An die Stadt hatte sich die Baugesellschaft nun mit einem Gesuch gewendet um Übernahme des ersten Hypothek seitens der Sparlasse, der Garantie für Vermietung und Bürgschaft für Rückzahlung der bei Bauvereinsbank und Landesverwertungsanstalt in Aussicht gestellten Gelder. Weiter wurde um Bereitstellung von 20 000 Mk. aus Mitteln der Mietzinsteuer nachgefragt. Im Hinblick darauf, daß es gilt, die größte Wohnungsnot etwas zu lindern und gleichzeitig Handwerk und Gewerbe Arbeitsmöglichkeit zu schaffen, wurde dem Gesuch einstimmig entsprochen. — Zugestimmt wurde weiter einem Beschuß des Rates, das Stadtbau neu vorzurichten, um den Betrieb rentabel zu gestalten. Betriebs des Freibades lag ein Projekt des Herrn J. Breitschneider vor, das eine Beibebaltung des jetzigen Platzes und eine Umleitung des Baches vorsieht. Die Sache soll weiter verfolgt und mit den Anliegern Verhandlungen gepflogen werden. Falls das Projekt durchführbar ist, wird der Bettledsausschuß ermächtigt, mit der Bauausführung zu beginnen. — Um die Einwohnerzahl wieder billige Kritiken zu bieten, schlug der Rat vor, den Versuch zu machen, Stricken wie im Vorjahr seitens der Stadt zu pachten. Die bürgerliche Fraktion befürchtete eine Schädigung der hiesigen Geschäftsleute und stimmte dagegen. Mit den Stimmen der Linken und der Beamten wurde es gutgeheissen und die weitere Behandlung dem Stadtrat überlassen. — Einstimmig war man für den Beitritt zum Gemeindeverbundeverband im Bezirk der Amtshauptmannschaft Meißen. — Ein Antrag der bürgerlichen Fraktion erfuhr den Rat um Entfernung des Behälters für verworfene Tierreste und Kleintierleichen an der Freibahn, da er in dem jetzigen Zustande die Gefahr für den Anwohner gefährdet. Von Seiten des Rates wurde zugestellt, den Behälter herzurichten zu lassen und auf sofortige Abholung des Inhaltes jederzeit zu bringen und so die Unreinstände zu beheben. — Die Beamtenfraktion hatte einen Dringlichkeitsantrag dahingehend eingereicht, schon jetzt das Augenmerk auf Beschaffung von Vorräten für den kommenden Winter zu richten und die Mittel hierzu bereitzustellen. Es kommt die allmähliche Beschaffung von mindestens 2000 Zentner Bratlett und 100 Meter Brennholz in Frage. Später dürfte die Kartoffelbeschaffung hinzutreten. Die schriftliche Begründung erfuhr durch Herrn Stadtr. Leibmann an einer weiteren mündlichen Auslegung und wurde einstellig als stichhaltig anerkannt und antragsgemäß beschlossen. — Als letzter Punkt stand die Beratung des Haushaltplanes auf der Tagesordnung. Es war in langen Abschreibungen beschlußreif geworden und wurde nach unwesentlichen Änderungen einstimmig angenommen. Zuvor hatte Herr Stadtr. Schumann an verschiedene Wünsche seiner Fraktion zum Vortag gebracht und beantragt, daß der Haushaltplan für 1925 gedruckt vorzulegen sei. Auch einen alten Lotharischen Antrag hob er aus der Versenkung: Jedem Mitglied des Kollegiums ist eine Befoldungsbücher der städtischen Beamten und Arbeiter zugestellt. Einstimmig wurden beide Anträge angenommen. Eine geheime Sitzung folgte der öffentlichen.

Gesänge am Pfingstmontag. Die seit einigen Jahren eingeschulte Sirene, die Bewohnerchaft am Pfingstmontag durch Gesänge zu erfreuen, ist der Männergesangsverein „Sängerkranz“ auch in diesem Jahre. Er wird am 1. Pfingsttierstag abends 6 Uhr auf dem Marktplateau eine Anzahl Lieder zu Gehör bringen.

Pfingstvolksfest. Wie alljährlich, soll an den beiden Pfingsttagen die Volksfest für den Allgemeinen Kirchenfonds in allen Kirchen des Landes gesammelt werden. Gleich anderen Stiftungen, so hat auch der Allgemeine Kirchenfonds durch die mäßige Geldentwertung des Jahres 1923 fast seine gesamten Kapitalien verloren. Soll er seine Aufgaben weiter erfüllen können, so bedarf er erneuter kräftiger Stärkung. Die unterstützungsbefürchteten Gemeinden des Landes aber können trotz Anspannung des Landeskirchensteuer die Hälfte des Allgemeinen Kirchenfonds nicht entbehren. Vor allem bedarf das kirchliche Bauwesen einer umfassenden Hilfe. Viele Gemeinden im Lande wissen nicht, woher das Geld für die so notwendigen Erhaltungsarbeiten an Kirchen und kirchlichen Gebäuden nehmen, von Neubauten gar nicht zu reden. Hier möchte die oberste Kirchenbehörde gern mit Zuflüssen aus dem Allgemeinen Kirchenfonds eingetragen und so den Segen erneuern, der früher schon so oft von dieser Stiftung hat ausgehen können.

Sonnabendsfahrten im Pfingstwochenende. Zu Pfingsten können, wie wie bereits berichtet, Sonnabendsfahrten vom Freitag, den 6. Juni, mittags 12 Uhr ab gelöst und benutzt werden. Sie gelten bis zum 9. Juni unbeschränkt zur Hin- und Rückfahrt, können also auch zur Rückfahrt bereits am Freitag oder Sonnabend benutzt werden.

Pfingstpostdienst. Am ersten Pfingsttierstag findet vormittags eine Orts- und Landbriefzustellung statt; am zweiten Feiertag ruht die Postfahrt. Im übrigen wird an beiden Tagen der Postdienst wie an Sonntagen wahrgenommen.

Sommer-Sonderzüge. Nach der Ostsee verkehren von Dresden Öbb., ab Sonnabend, den 12. Juli, vier Sonderzüge zu ermäßigten Preisen, am 26. Juli und am 15. August von Chemnitz am 13. Juli je einer. — Nach Hamburg Freitag, den 11. Juli, ab Dresden Öbb., Sonntag, den 13. Juli, ab Chemnitz. — Nach Hirschberg (Kreisgebirge) und Görlitz Sonnabend, den 13. Juli, ab Dresden Öbb. Näheres über Abfahrt, Fahrpreis und Rücksichtsgelegenheit erfahren unsere Leser an den Schaltern der Eisenbahngesellschaften sowie in unserer Zeitung.

Antrag auf Aufhebung der Zugtiersteuer. Von der deutschen Landtagssession wird beantragt, die Regierung zu erzählen, a) die Zugtiersteuer aufzuheben, weil sie den Bestimmungen in § 15 des Finanzausgle